



# WID - Kompakt Nr. 17/70

1. Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz
  2. Angriffe auf Mitarbeiter der Deutschen Bahn, anderer Verkehrsunternehmen und Rettungsdienste
  3. Leiharbeit in der Pflege in Rheinland-Pfalz
  4. Fixierung von Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen
  5. Verdoppelung der 1,0-Abitur-Abschlüsse
  6. Waffenbesitz von Rechtsextremen
  7. Aufnahmekapazitäten von Deponien für kontaminiertes Erdreich und Baureststoffe nach LAGA
  8. Berichtsanträge für die Landtagsausschüsse
- 

## 1. Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz

Zum jüdischen Leben in Rheinland-Pfalz teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion insbesondere Einzelheiten zur Situation und Förderung jüdischer Bürger, Einrichtungen und Veranstaltungen mit ([Drs. 17/7112](#)).

Der Beauftragte für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen habe sich nach Angabe der Landesregierung zur Aufgabe gesetzt, das **jüdische Leben und damit verbundene Einrichtungen zu unterstützen**. Die Landesregierung fördere beispielsweise den Neubau und den Erhalt von Synagogen und jüdischen Gemeindezentren und ergreife je nach Sicherheitslage auch Schutzmaßnahmen im Hinblick auf deren Gefährdung.

Die Landesregierung verfolge mit Interesse die **Veranstaltungen mit Bezug zur jüdischen Kultur** und bewillige Fördermittel z. B. über die Stiftung „Kultursommer Rheinland-Pfalz“.

In den Lehrplänen für den Unterricht in katholischer, evangelischer, islamischer Religion sowie Ethik seien auch Bezüge zur jüdischen Religion eingebunden, so beispielsweise Anregungen zum **Besuch einer Synagoge**. Lehrkräfte für das ordentliche Schulfach „jüdischer Religionsunterricht“ würden ebenso wie die entsprechenden Unterrichtsräume von den jüdischen Kultusgemeinden zur Verfügung gestellt werden. Es bestünden **langjährige Kooperationen, Schulpartnerschaften und Austauschprogramme** im Bildungs- und Hochschulbereich sowie Städte- und Gemeindeparterschaften zwischen Rheinland-Pfalz und Israel. Die Landesregierung pflege **regelmäßige Beziehungen zum Staat Israel** und seinen Vertretern.

## 2. Angriffe auf Mitarbeiter der Deutschen Bahn, anderer Verkehrsunternehmen und Rettungsdienste

Nach Angaben der **DB Regio AG** sei es in den Jahren 2016 und 2017 in Rheinland-Pfalz zu unterschiedlichen **Straftaten zum Nachteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** (Körperverletzungen, Beleidigungen/Bedrohungen sowie sexuelle Übergriffe) gekommen; hierbei sei die **Tendenz leicht steigend**. Dies teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage ([Drs. 17/7130](#)) mit.

Auch die Fallzahlen bei den **Straftaten gegen Polizeibeamte, Feuerwehr und sonstige Rettungsdienste** zeigten einen **Anstieg der Fälle** von 2015 bis 2017. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verkehrsunternehmen würden nicht gesondert ausgewiesen und seien deshalb nicht Bestandteil der polizeilichen Auswertung. Im 1. Halbjahr 2018 seien 578 (73,9 Prozent) der 782 Tatverdächtigen von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte, Feuerwehr und sonstige Rettungsdienste

deutsche Staatsangehörige und 26,1 Prozent Tatverdächtige mit anderen Staatsangehörigkeiten (Nichtdeutsche).

### 3. Leiharbeit in der Pflege in Rheinland-Pfalz

**Zeitarbeit im Pflegesektor** könne einen Beitrag zur Bekämpfung des drohenden oder sich in Teilbereichen bereits existierenden Fachkräftemangels darstellen, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7059). Ein wichtiges Anliegen der Landesregierung sei es, in der Pflege **gute Arbeitsbedingungen** sicherzustellen.

Zeitarbeit solle generell nicht eine reguläre Beschäftigung in Stammbesellschaften ersetzen, sondern könne Beschäftigten **neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt** eröffnen. In erster Linie solle das Ziel sein, betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den **Einstieg in ein Normalarbeitsverhältnis** zu ermöglichen.

### 4. Fixierung von Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie setze sich kontinuierlich seit mehreren Jahren für eine Aufklärung über die negativen Folgen von **freiheitsentziehenden Maßnahmen** ein und habe dazu mehrere Initiativen entwickelt, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7121) mit.

Freiheitsentziehende Maßnahmen würden oftmals als Argument eingesetzt, pflegebedürftige Menschen vor einer **vermeintlichen Gefahr**, z.B. einem Sturz, schützen zu wollen. Inzwischen sei wissenschaftlich erwiesen, dass freiheitsentziehende Maßnahmen mehr schaden als nutzen. Im ersten Moment könne die sogenannte Fixierung von den Pflegekräften als Entlastung wahrgenommen werden, beeinträchtigt jedoch in der Folge die Beweglichkeit und erhöhe das Inkontinenzrisiko, so dass der **Pflegebedarf zunehme**. Daher sollten freiheitsentziehende Maßnahmen grundsätzlich vermieden und **Alternativen zu diesen Maßnahmen** angewendet werden, um die **Fähigkeiten der pflegebedürftigen Menschen** zu erhalten oder sogar zu verbessern und damit auch die Pflegekräfte zu entlasten.

### 5. Verdoppelung der 1,0-Abitur-Abschlüsse

Mehr als doppelt so viele Abiturientinnen und Abiturienten legten im Schuljahr 2016/2017 ihr Abitur mit der Note 1,0 ab als im Schuljahr 2004/2005. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor (Drs. 17/7058). 95 Absolventinnen und Absolventen schlossen ausweislich der Daten des Statistischen Landesamtes im Schuljahr 2004/2005 ihr **Abitur mit der Note 1,0** ab. Zwölf Jahre später waren es 226.

Eine Erklärung hierfür könne sein, dass sehr gute und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler auf die zunehmende **Anzahl zulassungsbeschränkter Studienfächer** reagierten und ihre Anstrengungen verstärkten, um die Note 1,0 zu erreichen. Im Ländervergleich habe Rheinland-Pfalz keinen besonders hohen **Anteil an Abschlüssen** mit der Note 1,0. Auch die **Abiturdurchschnittsnote** in Rheinland-Pfalz habe sich nur geringfügig verbessert.

### 6. Waffenbesitz von Rechtsextremen

Im Falle des **Entzugs der Waffenerlaubnis bei Rechtsextremisten** stehe grundsätzlich die Frage der **waffenrechtlichen Zuverlässigkeit** im Sinne des Waffengesetzes im Raum, führt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus (Drs. 17/7124). Diese fehle regelmäßig bei Personen, die bestrebt seien, die verfassungsmäßige Ordnung zu stören, sei es als Einzelperson oder als Mitglied in einer Vereinigung.

Derzeit ließen sich 109 angemeldete Waffen Rechtsextremisten mit einer waffenrechtlichen Erlaubnis zuordnen. Aus Sicht der Landesregierung stelle jede Form des Waffenbesitzes von Extremisten bereits für sich genommen eine **abstrakte Gefahr** dar, weshalb seitens der öffentlichen Verwaltung konsequent dafür Sorge getragen werde, diesem Personenkreis eine waffenrechtliche Erlaubnis von vornherein **zu versagen oder zu entziehen**, sofern die rechtlichen Voraussetzungen vorlägen.

## 7. Aufnahmekapazitäten von Deponien für kontaminiertes Erdreich und Baureststoffe nach LAGA

Die **geordnete Abfallentsorgung** sei Daseinvorsorge und eine Pflichtaufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7072). Aufbauend auf den Zielen des Abfallwirtschaftsplans seien die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger verpflichtet, für ihre Zuständigkeitsgebiete Abfallwirtschaftskonzepte zu erstellen.

Mineralische Bauabfälle (im Wesentlichen Erdaushub, Straßenaufbruch sowie Bauschutt) seien in Rheinland-Pfalz, wie auch bundesweit, der größte Einzelstrom bei den Abfällen. Oberstes Ziel sei in erster Linie die **Vermeidung**; die Beseitigung von mineralischen Bauabfällen auf Deponien sei die nachrangigste Stufe innerhalb der Abfallhierarchie und diene der **notwendigen Ausschleusung von Schadstoffen** aus dem Materialkreislauf. Es sei Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte beispielsweise durch Nachfrage an Recyclingbaustoffen die Kreislaufführung von Baumaterialien zu fördern, auch um den **Anfall von Bauabfällen zu vermeiden** und damit **Deponievolumen zu schonen**.

## 8. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse

Die nachfolgenden Anträge stehen insbesondere zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Die Fraktion der SPD hat beantragt, das Thema „**Tropische Zecke in Rheinland-Pfalz**“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten zu setzen (Vorlage 17/3668). Die Fraktion bezieht sich in ihrer Begründung auf das Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz, dem zufolge eine erste tropische Zecke in der Pfalz entdeckt worden sei. Tropische Zecken seien bis zu fünfmal größer als hier heimische Zecken und könnten gefährliche Krankheiten übertragen. Die Fraktion bittet die Landesregierung zu berichten, welche Konsequenzen das Auftreten der tropischen Zecke für Rheinland-Pfalz habe.
- Die Fraktion der CDU hat für den Ausschuss für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten einen Bericht der Landesregierung zum Thema „**Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge**“ beantragt (Vorlage 17/3655). Ein gut ausgestattetes Netzwerk von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge sei eine Grundvoraussetzung für den breiteren Einsatz von elektrisch betriebenen Automobilen und fördere eine nachhaltige Mobilität und Verbesserung der Luftqualität. In dem Bericht solle genauer darauf eingegangen werden, wie die Landesregierung den Beitrag der Elektromobilität für eine bessere Umweltbilanz einschätze, welche Initiativen bisher ins Leben gerufen wurden, um den Ausbau der Ladesäulen voranzutreiben, und ob ein „Ladeatlas“ zur besseren Auffindbarkeit von Ladesäulen – wie in Bayern bereits geschehen – in Planung sei.
- Ein Berichtsanhtrag der Fraktion der AfD für den Innenausschuss behandelt das Thema „**Sicherheit an rheinland-pfälzischen Schulen**“ (Vorlage 17/3565). Anlässlich einer Elterninformation, die der Fraktion vorliege, würden scheinbar an einzelnen Schulen im Landkreis Mainz-Bingen die vorhandenen Gegensprechanlagen in Klassenzimmern, die bisher nur mit dem Sekretariat verbunden gewesen seien, zukünftig mit einer Weiterleitung zur Polizei versehen, um bei Eingang eines Notrufs sofort reagieren zu können. Die Landesregierung wird um Darlegung der Hintergründe für diese Maßnahme gebeten.
- „**Telefonbetrug durch ‚falsche Polizisten‘**“ lautet der Betreff eines Antrags, den die Fraktion der FDP zur Beratung in den Innenausschuss eingebracht hat (Vorlage 17/3676). Wie einer Pressemitteilung des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz zu entnehmen sei, stünden Seniorinnen und Senioren im Fokus dreier Betrüger. Die Zahl der Betrugsversuche durch „falsche Polizisten“ nehme weiter zu. Die Landesregierung möge über die Arbeit der aus diesem Grund gebildeten Sonderermittlungsgruppen berichten.
- Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, das Thema „**Zwischenstand Neugestaltung des Loreley-Plateaus**“ auf die Tagesordnung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zu setzen (Vorlage 17/3648). Mit der Neugestaltung des Loreley-Plateaus solle die Geschichte des Naturdenkmals als auch die Besonderheiten

der Kulturlandschaft erkennbarer werden; außerdem trage die Umgestaltung dem aktuellen Masterplan für das Welterbe Oberes Mittelrheintal Rechnung. Die Fraktion bittet die Landesregierung um einen aktuellen Zwischenstandsbericht.

- Die Landesregierung beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Innenausschusses über das Thema „**Mobiler Arbeitsplatz bei der Polizei Rheinland-Pfalz**“ zu berichten (Vorlage 17/3682).